herangezogen worden ist vom Senat. Ich glaube, es sind Fragen, die man stellen muß, ein Mann, der vieles weiß und sicherlich auch ein hervorragender Zuarbeiter für die Kommission sein könnte. Aber in allererster Linie geht es darum: Warum wird er dann nicht wieder herangezogen in seiner alten Universität?

Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller in den IG Medien, Herr Seiler: Ich spreche für die Geschichtskommission des Verbandes deutscher Schriftsteller. In dem Rahmen der heute vorgestellten Organisationen ist sie eine Ausnahme, weil es sich hier um ein Gremium handelt, das sowohl aus Kollegen aus Westdeutschland als auch aus Ostdeutschland besteht, und zwar zu gleichen Teilen in der gleichen Größenordnung, je 6, und unsere Aufgabe ist es wohl, die Geschichte der beiden Schriftstellerverbände zu erkunden, aber sie ist jetzt vor allem unter dem Gesichtspunkt, einen Verband, der aus 3200 Mitgliedern besteht, davon 800 aus der ehemaligen DDR, funktionstüchtig zu machen. Denn bei dem ersten gesamtdeutschen Kongreß in Lübeck im vorigen Jahr stellte sich heraus, daß die Differenzen so groß waren, daß zu befürchten war, daß der Verband auseinanderbricht. Da wurde also von der Basis sozusagen diese Kommission gefordert, und wir versuchen nun nach besten Kräften, etwas für die Zukunft zu tun, indem wir die Vergangenheit kennenlernen. Es hat sich dabei ein Problem ergeben, das vielleicht zu erwarten war, und zwar war der Beschluß so, daß die Kommission sowohl die Geschichte des VS, also des westdeutschen Schriftstellerverbandes, als auch die Geschichte des DDR- Schriftstellerverbandes aufarbeiten soll. Dabei hat sich gezeigt, daß die jeweils andere Seite einfach ahnungslos ist und ziemlich dumm rumsitzt, wenn es um Interna geht. Aber die andere Sache ist die, daß dadurch ein Lernprozeß in Gang gesetzt ist. Ich bedauere sehr, daß wir heute Vormittag nicht die Möglichkeit hatten, uns näher vorzustellen. Ich komme zu meiner Frage: Es ist ja wie ein Kontrapunkt heute vormittag immer wieder die Frage des Geldes aufgeworfen worden, und aus unserer Erfahrung stellt sich das so dar, daß wir mehr damit beschäftigt sind, die Geldquellen zu erforschen als eigentlich unseren Gegenstand, den wir zu erforschen haben. Und ich könnte mir vorstellen, daß es sehr nützlich wäre, wenn es eine Beratungsstelle gäbe, die solche Organisationen wie z. B. auch uns beraten kann, wo Geldgeber zu finden sind, wie die Verfahrensweisen sind, denn das ist also gerade für mich z. B., der ich aus dem Osten komme, ein Hürdenlauf, wo die Hürden einfach zu hoch sind. Das wäre also für uns eine ganz konkrete praktische Hilfe, und ich möchte also diesen Vorschlag Ihnen unterbreiten.

Bürgerkomitee „15. Januar“ e.V. zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit, Hans Schwenke: Zunächst eine Bemerkung zu David Gill. Daß im Stasiunterlagengesetz die Anzeigepflicht verankert ist, ist mir wohlbekannt, ebenso wohlbekannt dürfte der Gauck-Behörde und jedermann sein, daß nahezu alle,

die hier auf dieser Liste vermerkt sind, Dokumentationen unterhalten, Archive haben. Ich habe auch im Vorfeld der Verabschiedung des Stasiunterlagengesetzes immer wieder gefordert, daß dort eine Passage hineinkommt, die den Bürgerkomitees und adäquaten Initiativen das Recht einräumt, solche Dokumentationszentren zu unterhalten, so daß also diese gesonderte Anzeigepflicht entfällt, zumal für solch eine Anzeigepflicht auch Zeit gelassen werden muß, Zeit gelassen zur Registratur, und ich denke, man muß wohl doch schon unterscheiden, wenn man auf die Herausgabe pocht, zwischen Stasioffizieren, die etwas beiseitegeschafft haben, und Bürgerrechtlern, die sich in den Besitz nichtpersonenbezogener Unterlagen gesetzt haben. Und was die Schwärzungen anlangt, kann es ja wohl nicht angehen, daß Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens geschwärzt werden müssen, die in dieser Zeit 40 Jahre SED geherrscht und agiert haben. Dies erstmal dazu. Zu unserem Bürgerkomitee möchte ich nicht weiter mich auslassen und dies also genauer vorstellen, ich denke, hier liegt überall „Horch und Guck“ aus. Wir versuchen alles, was wir archivieren, von Monographien bis hin zu Dissertationen zur Erlangung des Doktorgrades der Hochschule des MfS, in einen Thesaurus zu bringen, einen Thesaurus, den wir versuchen, auch mit anderen gleichartigen Einrichtungen wie etwa der Umweltbibliothek oder unseren anderen Bürgerkomitees in anderen Teilen des Landes abzugleichen. Ich denke, das ist günstig um des gegenseitigen schnelleren Verständnisses willen und auch um anderen zu helfen, schneller Zugriff zu erlangen, die für ihre wissenschaftliche Arbeit diese Unterlagen brauchen; die aus sehr objektiven Gründen die Gauck-Behörde natürlich nicht so schnell zu Verfügung stellen kann, das verstehe ich durchaus, sie ist eine Behörde im Aufbau, das begreife ich auch. Wir haben zu keiner Zeit geglaubt, daß man Geschichte der DDR verkürzen könne auf Stasi oder auf die Frage nach inoffiziellen Mitarbeitern. Es wurde uns schon damals klar in der Arbeitsgruppe Sicherheit des Zentralen Runden Tisches, als dort Vertreter der Staatsanwaltschaft der DDR, der Nationalen Volksarmee antanzten, auch jene von der Versorgungseinrichtung Ministerrat, und die Herausgabe ihrer Unterlagen forderten. Da wußten wir, hier ist ein großes Netz. Wir wissen heute, daß dieses System, das man zu Recht als totalitär bezeichnet, den gläsernen Menschen geschaffen hat. Dieser Tage bekomme ich Kenntnis über den ganzen Umfang des Systems der Personenkennzahlen und des Zentralen Einwohnerregisters, mit dessen Hilfe man tatsächlich Zugriff bekommt auf alle Daten, einschließlich der verlorengeglaubten Daten über offizielle Mitarbeiter des MfS, vermutlich auch derer, die im Ausland tätig waren. Ich frage mich heute, der ich selbst beteiligt war an der Vernichtung der elektronischen Datenträger des MfS, ob man diesen Fehler heute noch einmal wiederholen sollte, ob das sinnvoll erscheint, nun also auch diese elektronischen Daten gänzlich zu löschen. Sicherstellen muß man sie, vor unbefugtem Zugriff muß man sie sichern, aber nutzen sollte man sie zur Aufklärung und zur Erhellung dessen, was gewesen ist.

Wir befassen uns mit der Erhellung dessen, was totalitäres System war und was seine Ursache war, die Denkweise, Verhaltensweise, ja dieses verheerende Gefolgschaftsdenken, dieses immer wiederkehrende Denunziantentum und all die gesellschaftlichen Mechanismen, die totalitäres Denken und totalitäre Systeme befördern. Da das Interesse der Öffentlichkeit daran nicht gerade groß und im Sinken begriffen ist in den 5 neuen Bundesländern, das ist auch mir klar, und auch die Gründe dafür, daß sie zu suchen sind in den sozialen Nöten, ja, verstärkt auch durch die Vorsicht, über sich schon wieder die alten Kader zu sehen. Und insofern stelle ich durchaus die Frage an die Behörde von Jochen Gauck, hier vertreten durch David Gill: Wie steht es mit den Prioritäten? Wo liegen die Prioritäten für die Einsichtnahme in die Unterlagen all derer, die sich in die wirtschaftliche Macht gerettet haben, von der politischen hinein in die wirtschaftliche?

Es gibt auch einen anderen Grund. Durch diese sozialen Nöte wird auch befördert eine zum Teil schon wieder aufkommende Verklärung der Vergangenheit, so etwas hatten wir nach 1945 auch. Und weil niemand den Menschen so recht helfen kann und sie sich alleine gelassen sehen, eine Abwendung von der Demokratie und eine Hinwendung zur äußersten Rechten. Und umso notwendiger erscheint es mir, die Vergangenheit nicht Vergangenheit sein zu lassen, sondern lebendig zu halten, in Erinnerung zu halten. Ich möchte dies nicht wieder geschehen sehen wie etwa nach 1945 im östlichen Teil Deutschlands, wo die Geschichte des Widerstandes sehr einseitig geschrieben wurde, insofern vermag ich auch nicht Herrn Professor Schroeder zu folgen, der irritiert scheint über die Vielfalt der Gruppen und nach Profilierung sucht im Sinne etwa von Spezialisierung und Vermeidung von Doppelarbeit. Nein, Pluralismus tut not. Je vielgestaltiger und aus unterschiedlichen Blickwinkeln herangehend man sich der Vergangenheit nähert, um so näher wird man auch der Wahrheit kommen. Und ich möchte bei dieser Aufarbeitung sehen Karl-Wilhelm Fricke ebenso wie Wolfgang Rüddenklau.

So ich um etwas bitte, ist meine Bitte an die Abgeordneten des Bundestages, uns zu helfen. Wir stehen echt alle in finanziellen Nöten. In Berlin wäre vieles schon gewonnen, würde uns das Haus 1 in der Normannenstraße unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Und mögen auch die finanziellen Nöte noch so groß sein und der Haushalt noch so eng sein, die historische Aufarbeitung zweier totalitärer Systeme in Deutschland darf darunter nicht leiden.

Bürgerinitiative Vergangenheitsbewältigung der Stadt Saalfeld, Herr Morgenroth: Mit mir zusammen sind gekommen Bernd Backer und Josef Rode, die dort in der Mitte sitzen. Wir sind eingeladen worden aufgrund eines längeren Briefes, den wir der Enquete-Kommission, dem Innenministerium in Bonn und dem Innenministerium in Erfurt übersandt haben, ein offener Brief mit 300 Unterschriften ungefähr. Ich glaube, daß die Arbeit, die Sie hier machen, sehr wichtig ist, aber Sie sind vielleicht nicht das Gremium,